

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Alljährlich erinnert uns der 1. Mai als internationaler Tag der Arbeiterbewegung an all das, was dazu gehört, wenn es darum geht, Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu erringen: Streit und Zusammenhalt, Erfolge und Rückschläge, Visionen.

Gerade in diesem Jahr, in einer Zeit großer Verwerfungen, sollte der 1. Mai uns allen – als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Demokraten und als Europäer – Anlass und Ansporn zugleich sein, die Straßen und Plätze Europas in ein offenes, lebhaftes Forum zu verwandeln.

Lasst uns öffentlich demonstrieren, dass die europäische Bürgergesellschaft im Werden ist. Zeigt, dass wir füreinander eintreten, dass wir einander beistehen im Streben nach gleichen Rechten, menschenwürdiger Arbeit und einem guten Leben für alle!

Wir müssen die Folgen des ungebändigten Finanzmarktkapitalismus bewältigen und eine neue Weltwirtschaftsordnung aufbauen. Dazu brauchen wir Tatkraft, Kampfgeist und Ausdauer – und das Wissen, das die Geschichte des 1. Mai uns lehrt: Nur gemeinsam sind wir stark.

Ludwig Stiegler, MdB
Vorsitzender der BayernSPD

IMPRESSUM

BAYERNVORWÄRTS
Verantwortlich: Rainer Glaab
BAYERNVORWÄRTS-REDAKTION
Georg-von-Vollmar-Haus
Oberanger 38 / II. 80331 München
TEL (089) 23 17 11 0
FAX (089) 23 17 11 38
EMAIL info.bayernvorwaerts@spd.de

EIN EUROPA DER GUTEN ARBEIT!

Am 7. Juni fällt die Entscheidung: Wollen wir eine soziale Ordnung in Europa? Oder wird der Arbeitsmarkt weiter sich selbst überlassen?

Prima! Kanzlerin Merkel bringt in der BILD-Zeitung Verständnis für den Wunsch auf, „nach der Krise wieder zur Normalität, zu unserem alten Kurs“ zurückzukehren. Damit zeigt sie endlich ihr wahres Gesicht: Sie will weiterwirtschaften wie bisher, den Markt sich selbst überlassen, am liebsten noch Arbeitnehmerrechte abbauen.

Doch inzwischen ist klar, dass der gescheiterte Finanzmarktkapitalismus nur durch grundlegende Reformen – und dies zumindest auf europäischer Ebene – überwunden werden kann. „Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt uns tagtäglich, dass die Marktradikalen – also Merkel, Seehofer und Westerwelle – mit ihrer Politik gescheitert sind. Märkte brauchen Regeln und sozialen Ausgleich! Dazu brauchen wir aber mehr SPD bei der Europawahl am 7. Juni!“, betont Florian Pronold, Spitzenkandidat der BayernSPD für die Bundestagswahl. Und der Spitzenkandidat für die Europawahl, Wolfgang Kreissl-Dörfler, fügt hinzu: „Ein politisch starkes, wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Europa, das in der Lage sein wird, die Herausforderungen der Krise zu bewältigen, wird es nur



mit einer starken Sozialdemokratie im Europäischen Parlament und im Bundestag geben.“

Denn „mehr SPD für Europa“ heißt:

- Koordinierung der europäischen Beschäftigungspolitik!
- Einführung eines europaweiten Mindestlohns, das heißt: endlich auch für Deutschland!
- Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung in ganz Europa!
- Ein sozialer Stabilitätspakt mit gemeinsamen Standards für Sozial- und Bildungsausgaben! ■

VERDIENSTKREUZ FÜR LUDWIG STIEGLER

Große Ehre für unseren BayernSPD-Chef Ludwig Stiegler! „In Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste“ hat der Bundespräsident dem bayerischen Landesvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Ludwig Stiegler ist seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestags. Seit 1998 gehört er dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion an, war



viele Jahre Chef der Bayerischen SPD-Landesgruppe. Seit 2004 steht er an der Spitze der BayernSPD. Alle Mitglieder der bayerischen Sozialdemokratie gratulieren einstimmig. Die Redaktion schließt sich gerne an.

WENN SCHULE LANDESBANK WÄRE...

Die Bayerische Staatsregierung stellt zehn Milliarden Euro für die Rettung der Bayerischen Landesbank zur Verfügung. Das sind 10.000 Millionen Euro. Zehn Milliarden Euro entsprechen 800 Euro je Einwohner in Bayern oder 5.387 Euro je Schüler. Was könnte damit eigentlich finanziert werden?

Mit zehn Milliarden Euro...

... könnten die 1.782 arbeitslosen Lehrkräfte 80 Jahre lang beschäftigt werden.

... könnte für 662 Jahre das Büchergeld in Höhe von 15,1 Millionen Euro bezahlt werden.

... könnten 476 Jahre lang 1.000 Schulsozialarbeiter (Landesteil) bezahlt werden.

... könnten 28.571 zusätzliche Lehrer für fünf Jahre oder 3.571 zusätzliche Lehrer für 40 Jahre finanziert werden.

... könnte fast neun Schuljahre lang ein Mittagessen für alle bayerischen Schülerinnen und Schüler bezahlt werden.

... könnten alle Klassen an allgemein bildenden Schulen mit mehr als 30 Schülerinnen und Schülern für die nächsten 70 Jahre abgebaut werden. Oder für 16 Jahre alle Klassen mit mehr als 25 Schülern.

... könnte das kostenlose Kindergartenjahr für alle Kinder 100 Jahre lang bezahlt werden.

... könnten alle bayerischen Schülerinnen und Schüler während acht Jahren alle zwei Jahre einen Laptop im Wert von 1.350 Euro erhalten. ■

(Quelle: „Die Demokratische Schule“, Ausgabe 3-4/2009)

3 FRAGEN AN



**KERSTIN WESTPHAL,
PLATZ 15 DER SPD-EUROPALISTE**

Berufliches und gesellschaftliches Engagement gehören für die Schweinfurterin Kerstin Westphal (46) zusammen. Die ausgebildete Erzieherin, die auf Platz 15 der SPD-Liste steht, arbeitet in einer Einrichtung für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Kerstin Westphal ist verheiratet und hat zwei Kinder. Die überzeugte Gewerkschafterin war von 1996 bis 2008 Stadträtin in Schweinfurt. Ihr Motto für den Wahlkampf: „Eine Kette kennt keinen Anfang – das eine und unteilbare Europa ist die Vielfalt seiner Städte und Regionen.“

Du setzt Dich für Gute Arbeit und Gleichstellung ein. Was hat das mit Europa zu tun?

Gleichstellungspolitik und der Einsatz für „Gute Arbeit“ hängen für mich zusammen. Wir alle wissen, dass Frauen immer noch deutlich weniger verdienen als Männer, besonders hier bei uns in Bayern.

Wir müssen insgesamt Lohn- und Sozialdumping einen Riegel verschieben. Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Diesen Leitsatz will ich im Europaparlament durchsetzen.

Ist Europa für uns ganz weit weg?

Nein, ganz im Gegenteil. Mit der Europawahl bestimmen die Menschen über die Zukunft ihrer Gemeinde. Schwarz-Gelb setzt auf den freien Markt.

Ich setze mich dafür ein, dass die Menschen vor Ort bestimmen können, was für sie lebenswichtig ist. Dass wir hier vor Ort über Wasser, Energie oder unsere Sparkasse bestimmen können. Damit wir das schaffen, brauchen wir eine starke SPD im Parlament.

Wie sieht für Dich das Europa der Zukunft aus?

Derzeit ist die EU eine Wirtschaftsunion. Ich will sie zur Sozialunion machen. Das bedeutet für mich, dass alle die gleichen Möglichkeiten für Bildung, Arbeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Wir brauchen starke Arbeitnehmerrechte, vor allem starke Mitbestimmungsrechte, damit Gewerkschafter auf Augenhöhe mit Unternehmern verhandeln können. Und natürlich will ich ein friedliches Europa.

Weitere Infos:
www.kerstin-westphal.eu
www.bayernspd.de/kerstin-westphal

WIRTSCHAFT, BESCHÄFTIGUNG UND UMWELT ZUSAMMENBRINGEN

Der Klimawandel schreitet voran. Die Nachfrage nach Energie steigt; die fossilen Energieträger werden weniger. Damit drohen neue Konflikte um den Zugang und die Verteilung von Rohstoffen. Klimaschutz ist ökologische, aber auch ökonomische und sicherheitspolitische Aufgabe. Europa braucht ein neues Bündnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Europa darf Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht länger als Gegensatz begreifen. Wir wollen eine integrierte Klimaschutz- und Energiepolitik als Antwort auf den Klimawandel.

Wir wollen Europa zum Vorreiter machen. Die damit verbundenen Chancen nutzen. Die Technologieführerschaft bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien weiter ausbauen. Das hilft Ländern auf der ganzen Welt. Und bringt uns die innovative und dynamische Umweltbranche als Jobmotor. Aus dieser Position gewinnen wir an Stärke gegenüber den Förder- und Transitländern für Erdöl und Erdgas, machen uns unabhängiger. Dann brauchen wir die Atomkraft mit ihren hohen Risiken nicht mehr. Europaweit werben wir für unser Modell des Atomausstiegs zu Gunsten der Förderung regenerativer Energien. ■



SPLITTER ZUR EUROPAWAHL 2009

Bei der Europawahl am 7. Juni 2009 werden die Abgeordneten für das Europäische Parlament gewählt. Von den insgesamt 736 Parlamentariern stellt Deutschland 99. Bei der Europawahl gilt das Verhältniswahlrecht mit Listenwahl. Jede Wählerin/jeder Wähler hat nur eine Stimme. Eine Partei bzw. eine Liste erhält so viele der 99 Mandate, wie es ihrem prozentualen Stimmenanteil entspricht.

Der Stimmzettel

Die Stimmzettel sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich gestaltet. Einige Parteien stellen Landeslisten auf (z.B. CSU), andere eine Bundesliste (SPD). Auf dem Stimmzettel sind unter dem Namen der jeweiligen Partei die Kandidatinnen und Kandidaten der ersten zehn Listenplätze vermerkt. Außerdem ist angegeben, ob es sich bei dem Wahlvorschlag um eine Bundes- oder Landesliste handelt.

Das Europäische Parlament

Im Gefüge Rat der Europäischen Union, Kommission und Parlament ist das Parlament (Hauptsitz in Straßburg) das einzige Organ, das die Bürgerinnen und Bürger der EU wählen können. Die Parlamentarier sind es, die die Wählerinnen und Wähler vertreten, die Kommission kontrollieren und dem Rat, wo es notwendig ist, Einhalt gebieten.

Wo wird wann gewählt?

Die Europawahl findet in allen 27 EU-Ländern statt. In Großbritannien startet der Wahlgang bereits am 4. Juni ab 7 Uhr. In Deutschland sind die Wahllokale am 7. Juni von 8 bis 18 Uhr geöffnet, die letzten Wahllokale schließen in Portugal um 22 Uhr.

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt ist jeder Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der EU, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten in Deutschland oder in einem anderen EU-Land lebt und weder in Deutschland noch in seinem Herkunftsstaat vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen ist. Um wählen zu können, muss man im Wählerverzeichnis der Gemeinde eingetragen sein. Für in Deutschland lebende EU-Bürger gilt: Wenn sie schon 1999 oder 2004 an der Europawahl (Achtung: nicht Kommunalwahl!) in Deutschland teilgenommen haben, werden sie automatisch in das Wählerverzeichnis eingetragen. Wenn sie das erste Mal in Deutschland an der Europawahl teilnehmen wollen, müssen sie einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis spätestens bis zum 17. Mai 2009 stellen.

Weitere Informationen und die notwendigen Anträge (ebenso der Link zum BMI) gibt es unter: <http://bayernspd.de/wahl-2009/europawahl>.

KEINE STIMME VERSCHENKEN: BRIEFWAHL NUTZEN!

„Der Countdown zur Europawahl läuft“, erklärt der Spitzenkandidat der BayernSPD, Wolfgang Kreissl-Dörfler, rund sechs Wochen vor dem Wahltermin. Dabei ist es besonders wichtig, seine Stimme nicht zu verschenken. „Am Wahlsonntag werden viele Menschen nicht zu Hause sein, weil der 7. Juni mitten in den Pfingstferien liegt. Wer dann nicht vor Ort ist, sollte unbedingt die Briefwahl nutzen.“ Ein entsprechender Antrag auf Briefwahl ist auf der Wahlbenachrichtigung aufgedruckt; er muss lediglich ausgefüllt und an das Wahlamt geschickt werden. Die nötigen Wahlunterlagen erhält man dann per Post. Diese Unterlagen enthalten den amtlichen Stimmzettel, einen Wahlschein, zwei Briefumschläge sowie ein Merkblatt, auf dem noch einmal genau das Verfahren der Briefwahl erklärt wird. Voraussichtlich Ende April werden die Wahlbenachrichtigungen verschickt. Dann kann man auch Briefwahl beantragen.

FUTTER FÜR DEN MUND FUNK IM MAI 2009

- B-03-2009: Bildung mit Sparhaushalt
- C-03-2009: Seehofers Regierungskunst (Magnet-Rede)
- C-04-2009: CSU-Beliebigkeit
- En-01-2009: Klimaschutz im Staatshaushalt klein geschrieben
- L-01-2009: Agrarhaushalt in Stiefkindrolle
- V-02-2009: Keine Fortschritte bei der Lebensmittelsicherheit

Und so geht's:
Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.
Download im Internet unter www.bayernspd-mundfunk.de
Per E-Mail: info@bayernspd.de
(Datei oder Ausdruck? Absender!)
Per Fax: 089 - 23 17 11 38 (Absender-Faxnummer!)
Telefonisch: 089 - 23 17 11 0
Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München

100 JAHRE HANNSHEINZ BAUER

In diesen Tagen wäre Hannsheinz Bauer 100 Jahre alt geworden, bis zu seinem Tod im Jahre 2005 das letzte noch lebende Mitglied der verfassungsgebenden Landesversammlung in Bayern 1946 und des parlamentarischen Rats, der 1949 in Bonn das Grundgesetz verabschiedete. Der unterfränkische SPD-Ehrenvorsitzende Walter Kolbow würdigte den Gründungsvater des Grundgesetzes vor allem für seinen Einsatz, die Bundesrepublik auf die Sozialstaatlichkeit zu verpflichten: „Sein politisches Vermächtnis verstehen wir Sozialdemokratinen und Sozialdemokraten als Auftrag. Eine Persönlichkeit wie er lebt in unseren Köpfen weiter - mit all ihren Facetten.“

OB UDE GRATULIERT MUSTAFA SARIGÜL

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude hat dem Bürgermeister des Istanbuler Geschäftsviertels Sisli, Mustafa Sarigül, zu seinem überzeugenden Wahlsieg mit der stolzen Mehrheit von 54,7 Prozent gratuliert. Sarigül versteht sich als sozialdemokratischer Politiker und tritt für Weltoffenheit und Toleranz ein. So ist sein Stellvertreter der einzige armenische Bürgermeister der Türkei. In Sisli wurden sowohl Bauten der katholischen Kirche als auch der armenisch-orthodoxen Kirche sowie eine Synagoge und ein alevitisches Cem-Haus mit kommunalen Mitteln gefördert. Noch in diesem Jahr soll der Schüleraustausch zwischen München und Sisli beginnen.

BAYERN ATMET AUF – VERBOT FÜR GENMAIS MON 810

Die CSU ist von der Angst um Wählerstimmen getrieben. Sicherheit bringt erst die rechtliche Absicherung von „gentechnikfreien Regionen“.



Es war keine höhere Einsicht, die Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner (CSU) wenige Tage vor der Maisaussaat zum Verbot von Genmais MON 810 getrieben hat. Es war die nackte Angst vor einem Fiasko bei der Europawahl.

Auslöser war die CSU-Panik nach einer repräsentativen EMNID-Umfrage in Bayern. 77 Prozent der bayerischen Bevölkerung und sogar 79 Prozent der CSU-Wähler glaubten Anfang April, dass es der CSU in Bayern bei der bevorstehenden Europawahl Wählerstimmen kosten wird, sollte Aigner Gen-Mais nicht bis zur Aussaat verbieten. Bei einem Verbot aber könne sich die CSU einer breiten öffentlichen Unterstützung sicher sein.

Aigners Entscheidung ist nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dem müssen weitere folgen. SPD-Umweltsprecher Ludwig Wörner: „Den Nationalstaaten bzw. einzelnen Regionen muss durch EU-Recht erlaubt werden, verbindlich gentechnikunbaufreie Regio-

nen festzuschreiben. Dazu haben wir im Bayerischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag bereits in der parlamentarischen Beratung, der eine bayerische Bundesratsinitiative mit diesem Ziel einfordert.“

Eine weitere Konsequenz muss sein, dass Deutschland und Bayern auf europäischer Ebene keine weiteren Zulassungen für gentechnisch veränderte Pflanzensorten erlauben. Dann erst ist eines der größten Risiken für den Agrarstandort Bayern, seine Menschen, Tiere und Natur abgewehrt. Bis dahin haben wir noch einen weiten Weg. Aigners Entscheidung darf kein Strohhalm sein, sondern muss Bestand haben.

Jetzt will Seehofer nach eigenen Angaben immer schon ein Gegner der Agrogentechnik gewesen sein. Als Bundesminister hat er erklärt: „Die Entscheidung für die Gentechnik ist weltweit und in der EU gefallen; es kommt nur noch auf das Wie an; die Entscheidung für die grüne Gentechnik ist gefallen.“ ■



Der SPD-Landtagsabgeordnete Reinhold Strobl überbringt zusammen mit dem ehemaligen Amberger Stadtrat Roland Adler die besten Glückwünsche für Ernst und Maria Hubenak.

ERNST HUBENAK ZUM 95.

Ernst Hubenak, als jüngstes von drei Kindern, geboren in Niederpreschkau (Sudetenland) und aufgewachsen in Haida (Novy Bor) kann dieses Jahr gleich mehrere Jubiläen feiern. Da ist natürlich sein 95. Geburtstag, den der rüstige Rentner zusammen mit seiner Frau Maria im Kreise seiner Verwandten verbringen konnte. Kennen gelernt hatte sich das Paar in Vohenstrauß. Der gelernte Glasgraveur mit Meisterprüfung arbeitete in seinem Beruf bis zu seiner Verrentung 1977 bei Rosenthal.

Ein weiteres Jubiläum, das der Amberger feiern kann, ist die lange Zugehörigkeit zur SPD. Ernst Hubenak ist seit nunmehr 81 Jahren überzeugtes Parteimitglied.

„Radeln und reisen“, sind seine Lieblingsbeschäftigungen gewesen, sagt der Jubilar. Mit zunehmendem Alter beschränkt sich das Paar auf gemeinsame Spaziergänge auf den nahen Mariahilfberg.

130 JAHRE GEBALLTE SPD-KRAFT

Der Hengersberger SPD Vorsitzende Ewald Straßer und die Bundestagsabgeordnete Bruni Irber haben drei langjährige Mitglieder geehrt und ihnen für ihre Verdienste für die SPD gedankt. Paul Ottl erhielt die goldene Ehrennadel für 50 Jahre Mitgliedschaft, Erich Schmidt und Edwin Hartl wurden mit der silbernen Ehrennadel für 40 Jahre Treue ausgezeichnet.

Ortsvorsitzender Ewald Straßer bezeichnet es als Glücksfall, solche Mitglieder in den Reihen des Ortsvereins zu haben. Bruni Irber würdigte in der Laudatio die Verdienste der drei SPD-Urgesteine, die sich einen großen Teil ihres Lebens für die sozialdemokratische Idee einsetzten.



Von links: Die Jubilare Erich Schmidt, Paul Ottl und Edwin Hartl. Dahinter stehend von links: Bezirksrätin Gudrun Peters, MdB Bruni Irber, Ewald Straßer, Europakandidat Christian Flisek.

SEEHOFERS REGIERUNGSKUNST: SCHAUMSCHLÄGEREI

Franz Maget: »Bei ihm zählt nicht das Erreichte. Es reicht ihm das Erzählte.«

FRANZ MAGET IM WORTLAUT



Oppositionsführer Franz Maget in der Debatte um den Staatshaushalt 2009/2010.

Ein halbes Jahr nach der Landtagswahl ist eine gute Gelegenheit für eine erste Zwischenbilanz der Regierungstätigkeit des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer und seines Kabinetts. Es gibt nämlich eine Reihe von Grundmustern und Grundprinzipien des Regierungshandelns von Herrn Seehofer, die auffallen. Das erste und wichtigste Prinzip ist das der Schaumschlägerei. Die Regierungskunst besteht darin, sich zu denken: Erzähle dem jeweiligen Publikum genau das, was es von dir hören will, und versprich ihm, wofür du Beifall bekommst, auch wenn du die Versprechen anschließend nicht einhalten kannst.

Mariss Jansons, der hervorragende Dirigent des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks, fürwahr ein Weltstar, war anwesend (bei der Evangelischen Akademie in Tutzing). Weil er und das Publikum das hören wollen, verspricht der Ministerpräsident, dass ein neuer Konzertsaal in München für

schlappe 130 Millionen Euro realisiert wird. Der zuständige Fachminister weiß davon nichts; er ist natürlich auch anderer Meinung und hält das für gar keine gute Idee. Vor allem hat er überhaupt keine Vorstellung, woher er das Geld bekommen soll. Deswegen steht im Haushaltsplan auch nicht einmal eine Leerstelle.

Natürlich trifft sich der Herr Ministerpräsident auch mit den Trägern der Erwachsenenbildung in Bayern. Der Bayerische Volkshochschulverband schreibt: In einem sehr konstruktiven Gespräch am 2. März 2009 erhielten wir die Zusage, dass er (sich) auch im Hinblick auf eine Erhöhung der Mittel im Doppelhaushalt 2009/2010 (einsetzen) wolle. Jetzt sieht der Erwachsenenbildner in den Haushalt hinein und findet keine Erhöhung. Wir (als Sozialdemokraten) haben eine Erhöhung der Mittel auf 20 Millionen Euro sogar beantragt, aber Sie haben es abgelehnt. Es genügt Ihnen ja, dem Volkshochschulverband zuzusagen

und zu versprechen, dass Sie die Mittel erhöhen werden. Herr Seehofer, getan haben Sie gar nichts.

Immer den Leuten nach dem Mund reden.

In Augsburg wählte der Herr Ministerpräsident gar den feierlichen Akt des Eintrags ins Goldene Buch. Er schrieb: Die Uniklinik kommt. Ausrufezeichen. Das ist ein hervorragendes Versprechen. Aber Moment: Der gesundheitspolitische Sprecher (der CSU-Fraktion), Herr Dr. Zimmermann, sagte über dieses Versprechen wörtlich: Das ist eine Schnapsidee, die nicht zu Ende gedacht wurde. Die Medizin-Dekane und Vorstände der bayerischen Unikliniken sagen „Unsinn“. (Hochschulminister) Herr Dr. Heubisch sagt ebenfalls „Unsinn“. ■

Die vollständige Rede von Franz Maget finden Sie im Mundfunk unter C-03-2009: Seehofers Regierungskunst.